



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

---

Bundespressekonferenz 08.12.2008, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2008

Statement von Prälat Dr. Stephan Reimers

Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem 12. Rüstungsexportbericht der GKKE, den wir Ihnen heute vorstellen, sind nun für die Öffentlichkeit die Zahlen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern auf einen Blick erkennbar: Wir stellen fest, dass es im Jahr 2007 Genehmigungen für Ausfuhren im Gesamtwert von 8,7 Milliarden € gegeben hat - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1 Milliarde € oder 13 Prozent. Dass diese Information von der Bundesregierung bislang zurückgehalten worden ist, können wir nur mit großem Befremden konstatieren.

Die jeweiligen Zahlen über die Ausfuhr von Kriegswaffen sowie die Erteilung von Einzel- und Sammelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern sind lediglich isoliert an verschiedenen Stellen greifbar geworden: teilweise in den Meldungen der Bundesregierung nach Brüssel zum EU- Verhaltenskodex und zum Teil durch Anfragen von Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Nur damit konnten wir die rechnerische Basis für unseren Bericht gewinnen. Denn der Bericht der Bundesregierung für das Jahr 2007 liegt auch kurz vor Ende des Jahres 2008 immer noch nicht vor. Umfangreiche und zeitintensive Abstimmungen zwischen den Ressorts seien dazu erforderlich, die noch nicht zum Abschluss gekommen seien, beschied die Bundesregierung auf eine Anfrage aus dem Parlament. Die Bundesregierung ist damit weit entfernt von der ausdrücklichen Aufforderung des Bundestages aus dem Jahr 2004, „künftige Rüstungsexportberichte zeitnah zum Jahresabrüstungsbericht“ vorzulegen – d.h. bis spätestens April des jeweils folgenden Jahres. Verwundern muss jedoch auch, dass sich der Bundestag diese Praxis bieten lässt, zudem die vorgelegten Berichte seit vier Jahren nicht mehr beraten hat, und sich somit der Chancen für eine effektive Kontrolle begibt. Wir können nur noch einmal – wie schon im Vorjahr – eindringlich an den Bundestag appellieren, entschiedener seine politische Verantwortung wahrzunehmen und nicht auf seine politische Richtungskontrolle zu verzichten.

Mit einem Zuwachs von 13 Prozent hat Deutschland seinen Rang als großer Exporteur von Rüstungsgütern behaupten können. Nach den Erhebungen des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI ist Deutschland drittgrößter Exporteur geblieben – hinter den USA und Russland und vor Frankreich und Großbritannien. Der Zuwachs bei den deutschen Exporten ist – bei einem leichten Rückgang der Einzelgenehmigungen – auf das rapide Wachsen bei den Sammelausfuhrgenehmigungen zurückzuführen. Hier gab es einen Anstieg von 3,5 auf 5,05 Milliarden €. Diese Genehmigungen werden im Rahmen von Rüstungsk Kooperationen zwischen NATO- und EU-Staaten erteilt. Der Anstieg ist also Ausdruck einer intensiveren Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie. Zugleich bleiben die Adressaten, die einzelnen Güter und der Umfang spezifischer Lieferungen im Dunkeln – die Bundesregierung ist nicht zu einer Aufschlüsselung der Daten bereit. Wir sehen hier einen gravierenden Mangel einer transparenten Berichtslegung. Nicht auszuschließen ist, dass die Zulieferung von Komponenten zu Endprodukten führt, die dann weiter exportiert werden und

somit deutsche Kontrollen umgehen. Hier zeichnen sich Probleme durch die Ausweitung der NATO ab.

Der erneute Anstieg der deutschen Rüstungsexporte erfüllt uns mit Sorge. Die Welt wird nicht sicherer mit noch mehr Waffen. Unsere Sorge wird geteilt von vielen Menschen in unseren Kirchen; evangelische Landeskirchen, die EKD in ihrer Friedensdenkschrift und katholische Laienräte nehmen sich der Problematik zunehmend an. Ihre Stellungnahmen an die Öffentlichkeit dürfen nicht ungehört verhallen; sie sind auch ein Signal an die Politik, endlich eine Weichenstellung hin zu einer restriktiven Politik der Waffenausfuhren und der Rüstung vorzunehmen.

Aber es gibt auch Hoffnungszeichen. Das wichtigste ist die Einigung auf ein Verbot von Streumunition, die in der vorigen Woche in Oslo unterzeichnet worden ist. Das muss – bei allen offen gebliebenen Fragen etwa im Hinblick auf die Lagerung dieser Munition in Deutschland – als Erfolg einer „humanitären Rüstungskontrolle“ gesehen werden, widerspricht doch der Einsatz solcher Munition dem humanitären Kriegsvölkerrecht. Wir erwarten jetzt die baldige Ratifizierung der Konvention durch den Deutschen Bundestag. Aber am Oslo-Prozess hatten sich USA, China, Russland, Israel, Indien und Pakistan nicht beteiligt, damit fehlen die wichtigsten Produzenten und Verbreiter von Streubomben. Und der Prozess wird erst dann abgeschlossen sein, wenn die Waffen nicht mehr eingesetzt werden, die Lagerbestände vernichtet, die verseuchten Gebiete geräumt und die Opfer die nötige Hilfe erhalten haben, um ein neues Leben aufzubauen.

Auch die Bemühungen zu einem Exportkontrollregime unter dem Dach der Vereinten Nationen, die sich auf einen „Arms Trade Treaty“ richten, kommen zwar langsam, aber doch voran. Die GKKE bewertet es positiv, dass in Weiterentwicklung der bisherigen Vorschläge nun auch die Relevanz von Rüstungstransfers für Entwicklungsanstrengungen in den Blick genommen wird. Die Glaubwürdigkeit aller Bekenntnisse zu umfassenden Regelungen steht und fällt jedoch damit, dass die schon vorhandenen Mechanismen der Rüstungsexportkontrolle effektiv angewandt werden. Davon ist die deutsche Politik noch weit entfernt.